

Die Turbulenzen der Finanzmärkte

ihre Ursachen und der diesbezügliche
islamische Rechtsspruch

Diese Schrift wurde herausgegeben von

Hizb ut-Tahrir

Ra-gab 1418 - November 1997

AL-Khilafah Publications

PO Box 1100
London CR4 2ZR

email: info@khilafah.com
web: <http://www.khilafah.com>

1418n.H. - 1997n.Chr.
ISBN 1 899 574 107

Zur Übersetzung des Qur'an:

Es sollte absolut klar sein, dass der Qur'an nur in seiner Originalsprache, Arabisch, authentisch ist. Da eine Übersetzung des Qur'an unmöglich ist, handelt es sich bei den deutschen Texten unterhalb des arabischen Originals um eine ungefähre Bedeutung in deutscher Sprache.

Zum Druck:

Qur'anische Ayat wurden fett und kursiv
Hadite des Gesandten Muhammad (s.a.s.) fett
und die Umschrift arabischer Begriffe kursiv abgedruckt.

s.w.s. : subhanahu wa ta'ala

s.a.s. : sal-I-Allahu 'aleihi wa sallam

a.s. : aleihi-s-salatu wa-s-salam

Die Turbulenzen der Finanzmärkte

In der letzten Woche des Oktober 1997 ereignete sich ein heftiger Sturz der Aktienwerte an den Hauptfinanzmärkten. Er begann in Hongkong, ging auf Japan und dann auf Europa und Amerika über. Mit der aufgehenden Sonne setzte in jedem Land der Preisverfall ein. Dieser Verfall wurde von der fieberhaften Bestürzung begleitet, dass die Ereignisse eine Wiederholung dessen darstellten, was im Oktober 1929 geschah, als der Index der Aktienwerte in New York an einem einzigen Tag um 22% fiel. Die Geschehnisse wiesen große Parallelen zu den Vorfällen des Jahres 1929 auf, als der Zusammenbruch der Aktienwerte in Amerika zu einer gewaltigen Wirtschaftskrise führte, die in den Geschichtsbüchern noch immer als "Weltwirtschaftskrise" bezeichnet wird. Sie ließ über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren Armut, Hunger und Elend andauern und wurde nur dadurch beendet, dass Franklin Roosevelt den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg erklärte. Auf diese Weise wurde eine Wirtschaftsankurbelung durch die Rüstungsindustrie herbeigeführt.

Dieser jüngsten Krise in Europa und Amerika gingen bereits während des Sommers in Südostasien ein Sturz der Währungskurse der dortigen Staaten sowie ein Verfall der Aktienwerte ihrer Gesellschaften voran. Eine Reihe von Geldinstituten und Gesellschaften waren am Rande des Ruins, angefangen bei Thailand, über die Philippinen, Malaysia und Indonesien. Daraufhin weitete sich die Krise wie ein Schicksalsschlag auf Südkorea und Taiwan in Nordasien aus, bis sie Ende Oktober bei der größten westlichen Finanzstütze in Asien anlangte, in Hongkong. An diesem Punkt wurden die westlichen Märkte darauf aufmerksam, dass eine Übertragung gefährlich würde, und es kam zu den erwähnten Ereignissen in Europa und New York.

Die Ursachen dieser beiden Krisen zählen zu den Eigenschaften des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sie beide nicht von derselben Art sind und nicht nach demselben Standard bewertet werden können. Die Aktienmärkte in Südostasien sind schwach und zerbrechlich. Die Anzahl der Anleger dort ist gering. Sie sind unerfahren im Wissen um ihre Fallen. Diejenigen, die von diesen Aktienmärkten profitieren, sind korrupte Herrscher, wie in Thailand und Indonesien. Jene Herrscher sind es, die diese Märkte propagieren, es den westlichen Investoren erlauben, sich frei in diesen Märkten zu bewegen, und es ihnen ermöglichen, dort schnellen Profit zu machen. Die USA hatten letztere und viele ihresgleichen von den Herrschern anderer Länder bereits dazu gedrängt, die Märkte nach westlicher Art für Aktien zu öffnen, und es den westlichen Kapitalisten zu ermöglichen, sich frei in diesen Kapitalmärkten zu bewegen und ihre Gelder in diese Länder einzubringen, um sie bequem und wann es ihnen beliebt wieder abzuziehen. Der Beweis dafür ist die Ermutigung ausländischer Großkapitalisten, in die Wirtschaft dieser Länder gewinnbringende Anlagen vorzunehmen, und zwar unter dem Vorwand, dass dies zu den Erfordernissen der neuen Weltwirtschaftsordnung gehöre.

Allerdings handelt es sich hier nicht um eine gewinnbringende Investition in die Wirtschaft der Länder, selbst wenn es als "indirekte Investition" bezeichnet wurde. Die wahre Investition ist die, welche die Amerikaner unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unternahmen, als sie sich vieler Fabriken und Firmen in Europa und anderswo bemächtigten selbst ihr Management übernahmen, indem sie sie dem Modell ihrer Mutterfirmen folgen ließen. Hier handelte es sich um eine direkte und tatsächliche Investition. Was die indirekte Investition betrifft, so erfolgt sie durch den Ankauf einer Anzahl von Aktien bestehender lokaler Unternehmen, die von lokalen Besitzern oder dem Staat geleitet werden. Einige ihrer Aktien sind auf dem lokalen Aktienmarkt im Umlauf, so dass der Anleger die Aktien von diesem Markt weder zum Zweck der Übernahme des Unternehmens oder seiner Leitung erwirbt, noch mit dem Ziel der Beteiligung an seinen Gewinnen durch das Erwarten seines Anteils an

der jährlichen Dividendenausschüttung, sondern im Streben nach dem großen und schnellen Gewinn, durch eine starke Erhöhung der Preise der Aktien, die er gekauft hat.

Die Märkte, welche für die Ziele dieser Personen durch die Beeinflussung der Preise am fruchtbarsten sind, befinden sich in den sogenannten Entwicklungsländern. Ihre Aktienmärkte sind klein, und die Verursachung einer Bewegung ihrer Preise ist ihnen ein leichtes Spiel. Nur wenige einheimische Personen bewegen sich als Anleger auf diesen Märkten, weil ihnen die Gelder fehlen, ihnen die List der Märkte unbekannt ist und sie nicht die Risikobereitschaft der westlichen Anleger besitzen.

Kommt der westliche Investor, der in den meisten Fällen über ein Anlagekapital von Hunderten Millionen oder Milliarden Dollars verfügt – ein Kapital, das von westlichen Teilhabern stammt oder von Banken geliehen wurden - und erwirbt lokale Aktien, so wartet er die Erhöhung der Preise nicht als Zuschauer ab, sondern bedient sich gezielter Aktionen, die der Propagierung jener Aktien dienen, die er gekauft hat. So verbreitet er etwa die Nachrichten, dass er eine umfangreiche Investition in bestimmte Aktien unternimmt oder dass seine Studien darauf hinweisen, dass das Unternehmen, dessen Aktien er erworben hat, eine blendende Zukunft vor sich habe, oder er wendet andere Methoden an, an die ein Malaye, Thai oder Indonesier nicht gedacht haben. Als Resultat läuft die Bevölkerung des jeweiligen Landes miteinander um die Wette, um die Aktien zu erwerben. Auf diese Weise steigt der Preis plötzlich oder stufenweise.

In der Regel wartet der westliche Investor nicht lange mit seinem Investitionsfonds ab. Sobald die Preise den Stand erreichen, mit dem er gerechnet hatte, verkauft er seine Aktien auf dem lokalen Aktienmarkt an die Bevölkerung, nimmt sein Kapital und seinen schnellen Gewinn und macht sich in demselben oder einem anderen Land auf die Suche nach Aktien anderer Unternehmen, bevor die Bevölkerung des Landes sich überhaupt bewusst ist, was da vor sich geht und über sie hereinbricht. Einige westliche Investitionsfonds agieren manchmal, als bildeten sie ein einziges Kartell, weil sich ihr Ziele und ihre Aktivitäten gleichen. Auf diese Weise ereignet sich ein allgemeiner Sturz auf dem Markt, wenn diese Anlagekapitale auf einmal abgezogen werden. Die Landeswährung verfällt und bedroht die lokalen Geldinstitute, welche Gelder zur Spekulation auf dem Markt verliehen hatten.

Dies ist die indirekte Investition, welche die USA propagieren, den "Entwicklungsländern" seit dem Fall der Sowjetunion aufbürden und die sie allein in der internationalen Führung und Kontrolle über die Weltwirtschaft stehen lässt. Die Realität dieser Investition, die noch bedeutender und gefährlicher als die direkte Investition geworden ist zeigt, dass die Gelder dieser Entwicklungsländer und ihrer Wirtschaften eine freie Beute darstellen. Sie stellt die Hauptursache für die in diesen Ländern andauernden Finanz- und Wirtschaftskrisen und für die demütigende Verarmung ihrer Bevölkerungen dar, sei es nun in Lateinamerika, wie Mexiko, Brasilien und Argentinien, oder im Mittleren Osten, wie in der Türkei, Ägypten und Jordanien. Sie ist die Ursache für das, was sich auf den Aktienmärkten in Südostasien, insbesondere in Indonesien und Malaysien, ereignete und noch immer andauert.

Was die Aktienmärkte in Europa und Amerika betrifft, so unterscheiden sie sich grundsätzlich von denen der Entwicklungsländer. Bei ihnen handelt es sich um tief verwurzelte Märkte, die bereits seit zwei Jahrhunderten oder noch länger existieren. Die Anzahl der Anleger beläuft sich in einigen von ihnen auf Hunderttausende oder sogar, etwa an den größten Aktienmärkten in London und New York, auf mehrere Millionen. Das in Aktien und Wertpapiere angelegte Kapital ist enorm. Man sagt, dass es den Wert der tatsächlich in diesen Ländern vorhandenen Aktiva an Grundbesitz, Handelswaren, Industriegütern und

Waren übertrifft. Man sagt auch, dass die Bewegung der Aktien- und Wertpapiermärkte, d.h. des Wertes, der ver- oder gekauft wird, den Wert der Verkäufe an tatsächlichen Waren und Dienstleistungen übersteigt. Dies bedeutet, dass die Vielzahl von Anlegern auf diesen Märkten, das Volumen der in ihrem Besitz befindlichen Gelder und die Heftigkeit der Konkurrenz unter ihnen es verhindern, dass ein einzelner von ihnen allein die Vorherrschaft über den Markt oder eines Teiles davon übernimmt, um einen schnellen Gewinn auf Kosten der anderen Anleger unter den zahlreichen Kapitalbesitzern zu machen. Dennoch haben zahlreiche Anleger dieser Märkte gewaltige Reichtümer angesammelt und sich ganz ihrer Veranlagung gewidmet, sie haben Pläne, Mittel und verbindliche Verträge eingeführt, um Kauf und Verkauf der Aktien zeitlich festzulegen und ihre Preise zu beeinflussen. Dies hat weder eine direkte Beziehung zu den Transaktionen der Gesellschaften, die ihre Aktien zur Anlage zur Verfügung stellen, noch zu den Waren und Dienstleistungsmärkten, die sie verkaufen, noch zu ihren Gewinnen. Diese Anlagepläne, ihre Mittel und neu entworfene Vertragsformen auf den Aktienmärkten werden an den meisten Universitäten gelehrt.

Tatsache ist jedoch, dass sämtliche Anlagemärkte, ob sie nun Aktien der Aktiengesellschaften, oder Obligationen des Staatsschatzes oder der Unternehmen handeln, instabiler sind als Spinnennetze, denn die Akzeptanz, dort Geld anzulegen, basiert auf dem "Vertrauen", dass ihre Preise kontinuierlich steigen, und auf der Gier der Menschen nach dem schnellen Gewinn aus dieser Preissteigerung. Sie stützen sich ferner darauf, dass dieser Gier, insbesondere im Westen, keine Grenze gesetzt ist, solange die Sonne aufgeht. Den Kauf von Wertpapieren streben sie daher aus ihrer Gier nach Gewinnvermehrung an. All dies ist die Masche, welche die Makler- und Geldbüros in jenen Märkten propagieren. Sie arbeiten auf der Basis, stellvertretend für die Masse der Menschen zu kaufen und zu verkaufen, und kassieren ungeheure Gebühren für ihre Brokertätigkeit.

Sobald aber jenes Vertrauen wegen einer zu erwartenden oder auch nicht zu erwartenden Ursache erschüttert wird, wird auch der Markt wie bei einem Erdbeben erschüttert, und viele Aktienbesitzer beeilen sich zur selben Zeit, zu verkaufen um das zu realisieren, was sie für den Gewinn aus dem Ansteigen der Preise gehalten haben. Alle wollen so schnell wie möglich verkaufen, daraufhin fallen die Preise, was wiederum die Anzahl derjenigen vermehrt, die einen Verkauf wünschen. Der Verfall der Preise hält an, bis der Tiefpunkt erreicht ist. So geschah es im Jahre 1929, wäre im Jahr 1987 fast geschehen, und war auch für das Jahr 1997 zu befürchten.

Der bewusste Muslim empfindet kein Bedauern über das, was den Westen und sein kapitalistisches System an Erschütterungen trifft. Kummer bereitet ihm vielmehr das, was den Muslimen durch die Nachahmung des Westens und seines Systems in Indonesien, Malaysia und anderswo widerfährt. Länder, die durch die Verlockungen seiner spinnennetzähnlichen Märkte und durch das Vertrauen auf seine Behauptungen, dass es keinen Weg zum wirtschaftlichen Fortschritt gebe außer dem "System der freien Marktwirtschaft", d.h. der absoluten wirtschaftlichen Freiheit angezogen wurden, sind dadurch der westlichen Spekulation hilflos ausgeliefert. Egal ob es sich um die direkte oder indirekte Spekulation handelt. Man hat den Muslimen weisgemacht, dass sie sich nur durch den Eintritt in die "Weltwirtschaft" entwickeln könnten, d.h. durch die Akzeptanz der Errichtung von "Fabrikationsanlagen" westlicher Unternehmen in den Regionen der Muslime, die Millionen billiger Arbeitskräfte einsetzen, um Verbrauchsgüter für die eigenen Märkte zu produzieren. Ebenso bedauert es der bewusste Muslim sehen zu müssen, wie die Ideen des kapitalistischen Westens, darunter jene der Abhängigkeit von den Aktienmärkten, unter den Muslimen durch die Lancierung konzentrierter propagandistischer Kampagnen, welche die USA seit dem Fall des Kommunismus unternommen, eine weite Akzeptanz gefunden haben. Auf diese Weise wird den Menschen suggeriert, dass sie keinen Ersatz für das

kapitalistische Denken hätten, von dem behauptet wird, dass es sich derzeit in seinem goldenen Zeitalter befände.

Eine weitere bevorstehende Erschütterung der Hauptaktienmärkte des Westens würde die Zerbrechlichkeit der Spinnennetze offenbaren und die Unzulänglichkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems entblößen. Ein weiterer Schock würde verdeutlichen, dass sein Glanz nicht der Glanz des Goldes ist, sondern einer Illusion. Denn das kapitalistische Denken ist ein profitorientiertes Denken, das den Menschen in die tiefste Niederung herabsinken lässt, weil es sich auf seine niedrigsten Motivationen stützt. Die Realität der Gesellschaften, die es adaptiert haben, ist, dass sie nach Lebensunterhalt, Produktion und Konsum dürsten und nichts anderes beachten als materielle Werte. Es ist eine kleine Gruppe von Kapitalisten, die in diesen Gesellschaften die überwältigende Mehrheit beherrscht, welche im Elend arbeitet, in Unruhe lebt, und von denen viele in elendiger Armut ihr Dasein fristen, wobei nicht einmal die Grundbedürfnisse gedeckt sind. Dennoch ist es nicht gestattet, auf eine große Finanzkrise in den westlichen Märkten zu warten, damit die Muslime sich bewusst werden, in welche Situation sie durch die Nachahmung der kapitalistischen Ideen und Aktienmärkte gebracht wurden, und dass sie realisieren, dass es sich bei letzteren in der Tat um Spinnennetze handelt. Vielmehr ist es erforderlich, ihre Realität und Verdorbenheit jetzt zu verdeutlichen und aufzuzeigen, dass der authentische Islam sie verbietet und keineswegs erlaubt.

Die Aktienmärkte im Westen konnten nur aufgrund dreier grundlegender Systeme in der kapitalistischen Wirtschaft zustandekommen, existieren und wachsen. Diese sind:

1. Das System der Aktiengesellschaften, 2. Das Zinssystem, 3. das Banknotensystem.

Diese drei Systeme haben sich gegenseitig konsolidiert und führten die Aufteilung der kapitalistischen Wirtschaft in zwei Wirtschaften, oder vielmehr zwei Arten von Märkten herbei: Der erste ist die reale Wirtschaft, zu der Produktion und Absatz von realen Waren und Dienstleistungen gehören. Der zweite ist die Geldwirtschaft, also das, was einige als Parasitenwirtschaft bezeichnen. Dazu gehören Erstellung, Verkauf und Kauf verschiedenster Wertpapiere, bei denen es sich um bindende Verträge, Schecks oder Sicherheiten handelt, die übertragbare Rechte einer Partei verkörpern, die ge- und verkauft werden können, seien sie im Besitz eines Unternehmens, in ihrer Obligation oder in Staatsobligation, in Immobilien, oder in vielen anderen "Rechten", welche durch übertragbare Wertpapiere bescheinigt werden und als zeitlich begrenzte Option betrachtet werden, das Recht eines anderen zu einem festgelegten Preis zu kaufen oder zu verkaufen, der nicht dem aktuellen Marktpreis entspricht. All dies steht nicht direkt mit der realen Wirtschaft in Verbindung. Die Entwicklung dieser parasitären Geldwirtschaft hat ein weites Ausmaß erreicht. Der Wert der Geschäfte in diesem Wirtschaftszweig stellt ein vielfaches des Wertes dar, der in der realen Wirtschaft im Umlauf ist.

Was das System der Aktiengesellschaften betrifft, so entstand es ursprünglich, um es den Kapitalbesitzern und Geschäftsleuten zu ermöglichen, ihre umfangreichen Vermögen vor ihren Schuldnern und anderen, die Ansprüche auf ihre Transaktionen haben, zu schützen - sollten einige von ihnen fehlschlagen - und um ihnen ebenfalls den Zugriff auf die Gelder der Masse der Menschen durch diese Transaktionen zu ermöglichen. Das kennzeichnende Merkmal der Aktiengesellschaft ist, dass sie in ihrer Haftung beschränkt ist. Sollte also ihre Geschäftstätigkeit fehlschlagen und sie Verlusten ausgesetzt sein, so haben die Anspruchsberechtigten keine Möglichkeit, ihre Ansprüche bei den Aktionären einzufordern, egal auf welche Höhe sich das Privatvermögen der Aktionäre beläuft. Ihnen bleibt nur das, was an Geldern im Unternehmen verblieben ist. Nach westlicher Konvention ist es der Staat, der die Aktiengesellschaft etabliert und bekannt gibt, nicht ihr Gründer. Der Staat stellt die

Gründungsurkunde aus, bestimmt ihre Ziele und die Anzahl der lizenzierten Aktien und veröffentlicht ihre Statuten. Aus diesem Grunde hat die Aktiengesellschaft eine definierte und völlig von ihren Aktionären unabhängige juristische Persönlichkeit, die es dem Teilhaber überlässt, gegen sie allein gerichtlich vorzugehen, während sie es ihm verbietet, in irgendeiner Weise gegen ihre Aktionäre gerichtlich einzuschreiten. Die Haftung der Aktiengesellschaft ist auf das beschränkt, was an Kapital in ihr verbleibt. Sie schließt den Besitz der Aktionäre nicht mit ein.

Wenn der Staat die Gründungsurkunde einer Aktiengesellschaft herausgibt, bestimmt er einen zeitlich begrenzten Verwaltungsrat von Gründungsmitgliedern, also von denen, die dem Staat die Bitte unterbreiteten, die Gesellschaft zu gründen. Der Ausschuss bestimmt einen Präsidenten der Gesellschaft, und die Gesellschaft kann mit dem "Verkauf" von Anteilen beginnen, d.h. von Aktien, die nichts anderes als Dokumente aus Papier darstellen, die in Umlauf gebracht werden. Der Träger solcher Anteile hat definierte und begrenzte Rechte. Sie stellen seinen Anteil an dem dar, was durch die Bestätigung der Gesellschaft an ihren Gewinnen verteilt wird. Es ist ebenso sein Anteil an ihren Geldern, wenn die Gesellschaft die Liquidation ihrer Transaktionen beschlossen hat. Sie beinhaltet das Recht, einmal im Jahr abzustimmen, um einen neuen Verwaltungsrat zu wählen. Alle diese Rechte gehen auf die Anteile und nicht auf die Personen der Aktionäre zurück. So werden zum Beispiel die Stimmen bei der Wahl zum Verwaltungsrat nach der Anzahl der Aktien, nicht nach der Anzahl der Personen berechnet. Wenn also eine einzige Person die Hälfte aller verfügbaren und eine zusätzliche Aktie besitzt, und die Anzahl der anderen Aktionäre, die über die andere Hälfte der Aktien verfügt, sich auf 100.000 Personen beläuft, ist es trotzdem die erste Person, die über die Wahl des Verwaltungsausschusses bestimmt, während die Abgabe der einhunderttausend anderen Stimmen keinen Wert hat.

Oftmals ist es gar nicht erforderlich für die Kapitalisten, die Hälfte der Aktien einer Gesellschaft zu besitzen, um sie zu beherrschen. Möglicherweise reicht ein Maß von fünf oder zehn Prozent aus, sei es, weil die Mehrheit der kleinen Aktionäre zerstreut ist oder weil eine kleine Gruppe großer Aktionäre sich untereinander bei der Wahl des Vorstandes abspricht und demzufolge über die Gelder aller Aktionäre und über die Kontrolle sämtlicher Geschäftstätigkeiten verfügt. Dies ist für die Allgemeinheit der Menschen eine fassbare Realität. Angesichts dieser Tatsache bleibt dem Großteil der Aktionäre keine Möglichkeit, über ihre Gelder in der Gesellschaft zu verfügen, außer durch Kauf oder Verkauf ihrer Aktien in den Aktienmärkten, so dass sie letztendlich keine Teilhaber in einer Aktiengesellschaft sind, sondern lediglich Besitzer von Wertpapieren dieser Gesellschaft, die sie auf dem Aktienmarkt kaufen und verkaufen, ohne die Erlaubnis der Gesellschaft selbst oder ihrer Aktionäre dafür zu brauchen.

Der Aktienmarkt ermöglicht es auf gleiche Weise den Großaktionären, ihre Anteile an einer Gesellschaft, die sie anteilmäßig beherrschen, zu verkaufen, ohne irgendjemanden um Erlaubnis bitten oder ihn auch nur benachrichtigen zu müssen. Folglich entledigen sie sich jeder Verantwortlichkeit für die Transaktionen der Gesellschaft, die sie führten und verwalteten. Sollte es ihrem Wunsch entsprechen, den Hauptteil der Anteile der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft zu verkaufen, bedürfen sie keiner Erlaubnis durch irgendjemanden. Was sie zum Verkauf von Aktien oder zum Erwerb anderer Aktien veranlasst, ist dabei der schnelle Profit. Sollte also der Wert der Aktien einer Gesellschaft, die sie beherrschen, steigen, verkaufen sie ihre Anteile bzw. einige davon, verfällt ihr Preis wieder, kaufen sie sie zurück. Demzufolge haben sie keinerlei Loyalität gegenüber der Gesellschaft, den anderen Teilhabern, den Transaktionen der Gesellschaft oder gegenüber denjenigen, die für sie arbeiten. Die Absicht der Kapitalbesitzer, sich einer Gesellschaft über ihren Vorstand zu bemächtigen ist es, ihre Geschäftstätigkeit dahingehend zu beeinflussen, dass die Preise ihrer Aktien steigen.

All dies führte zur Trennung der Aktien- und anderer Wertpapiermärkte von der realen Wirtschaft, d.h. von der Realität der Gesellschaften, deren Aktien im Umlauf sind. Was diese Tatsache bestätigt, ist der Kurs, den die Händler auf dem Aktienmarkt ständig beobachten und den sie als Standard nutzen, um das Steigen oder Sinken des Wertes der Aktien einer bestimmten Gesellschaft zu messen. Es ist das Richtmaß des derzeitigen Wertes ihrer Aktien im Vergleich zur Jahresdividende, die von der Gesellschaft für jede einzelne Aktie gezahlt wird. Wenn z.B. der Gewinnanteil einer Aktie zwei Dollar beträgt und der Marktwert der Aktie sich auf 40 Dollar beläuft, liegt der Kurs bei 20. Mit anderen Worten, der Gewinn der Gesellschaft liegt bei 5 % vom Wert der Aktie. Die Zeitungen veröffentlichen täglich die Kurse sämtlicher Aktiengesellschaften, deren Aktien im Umlauf sind. Die Einsichtnahme in diese Nennwerte zeigt an, dass sie weit voneinander entfernt sind. Der Nennwert einiger Gesellschaften erreicht die 100, während der anderer Gesellschaften auf 5 sinkt. Dies beweist die Trennung des Wertpapiermarktes von der realen Wirtschaft und der Realität der Gesellschaften. Es zeigt auch, dass der Aktienmarkt zu einem großen Glücksspiel (Kasino) geworden ist. Dies bedeutet, dass die Spekulationen die Aktienmärkte beherrschen und dass ständig wiederkehrende enorme Schwankungen zur Natur des Marktes gehören.

Soviel zum System der Aktiengesellschaften. Das Zinssystem stellt die Spitze der Plage der kapitalistischen Wirtschaft dar. Es ermöglicht den Banken, die Gelder der Menschen unter dem Vorwand der Aufbewahrung einzutreiben und auf diese Weise über ihre Gelder zu verfügen, als handele es sich um Gelder der Banken und nicht um Gelder der Einzahler. Die Gelder, die sie von den Menschen bei ihnen gesammelt haben, verleihen sie weiter an Kapitalbesitzer und Geschäftsleute. Darunter befinden sich Anleger auf den Aktienmärkten und die Einzahler selbst, wobei für jedes Entleihen ein verbürgter Zins genommen wird. Die Festsetzung des Zinssatzes ist dabei nicht neutral, denn die Bankbesitzer, die meistens Kapitalbesitzer sind, und ihre Gesellschaften besitzen das Vorrecht, Gelder zu reduzierten Zinssätzen von den Banken zu entleihen. Ihnen folgen die Besitzer des Kapitals und Geschäftsleute, mit der Begründung, dass bei ihnen keine Gefahr bezüglich der Rückzahlung ihrer Schulden bestünde. Es folgen die kleinen Geschäftsleute und dann die Normalverbraucher. Es gibt keinen deutlicheren Beweis bezüglich der Diskrepanz bei diesem Entleihen als die unterschiedlichen Zinssätze. In den USA betragen sie 8,5 % bei Krediten an Großgeldbesitzer und 20% bei Krediten für einen Autokauf. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Zinssystem aufgrund seiner Natur dazu führt, dass die Gelder der Menschen in den Händen weniger verbleiben.

Die Rolle der Banken auf dem Aktienmarkt ist gefährlicher als ihre Rolle in der realen Wirtschaft, denn sie verleihen Geld an die Aktienspekulanten. Ihnen wird dadurch ermöglicht, ein Vielfaches dessen zu erwerben, was sie selbst an Geld besitzen. Ein Beispiel dafür wäre, dass der Preis einer Aktie auf dem Markt bei 100 Dollar liegt, und man sie mit 5 Dollar aus dem Besitz des Käufers und 95 von Banken oder Maklerbüros entliehenen Dollar kauft. Dabei leihen sich die Makler selbst das Geld von den Banken. Dies bedeutet, dass diese Person, die auf dem Aktienmarkt spekuliert, das zwanzigfache der Aktien kaufen kann, die sie mit ihrem eigenen Geld erwerben könnte. Die Banken verleihen aber nur an die großen Kapitalbesitzer in diesen Mengen, deren Macht auf dem Markt auf diese Weise durch die Banken noch weiter gestärkt wird. Dasselbe gilt für ihr Vermögen zur Einflussnahme auf dem Aktienmarkt und seine Manipulation nach oben oder unten. Auf diese Weise wachsen ihre Reichtümer auf Kosten der Allgemeinheit der Menschen, der Einzahler und Anleger, an.

Weil der größte Teil der Aktienkäufe durch Kredite finanziert wurde, die die eigenen Einkünfte um ein Vielfaches übersteigen, führt ein plötzlicher Einbruch in den Aktienpreisen oft zu einem weiteren Sinken. Wenn z.B. eine Bank sich einverstanden erklärt, einem

Anleger 90 % des Wertes zu leihen, den er an Aktien erwerben will, und er Aktien im Wert von einer Million Dollar kauft, hat er 900.000 Dollar von der Bank geliehen. Setzen wir dann voraus, dass der Preis seiner Aktie um 20 % sinkt und somit einen Wert von 800.000 erreicht, dann liegt der genehmigte Kredit, d.h. 90% von 800.000 Dollar, bei 720.000 Dollar. Er muss der Bank unmittelbar 180.000 Dollar von seinem Kredit zurückzahlen, damit der Nennwert des Kredits bei 90% vom Wert der Aktien bleibt. Wenn sich sein Geld vermehrt, gibt er das, was er hat, der Bank zurück. Er ist in diesem Fall nicht dazu gezwungen, irgendetwas von seinen Aktien zu verkaufen. Gesetzt den Fall, dass er keinen Gewinn in der Hand hat, wird er dazu gezwungen, unverzüglich etwas von seinen Aktien zu verkaufen, um eine Rückzahlung an die Bank zu leisten. Dies führt zu einem Überangebot jener Aktien und zu einem weiteren Preisverfall. Wird eine größere Anzahl von Spekulanten in diese Lage versetzt, führt dies zu einem fortgesetzten Preisverfall und möglicherweise sogar zur Erschütterung des Marktes.

Auf diese Weise wird der Aktienmarkt durch das Zinssystem zwischen den Extremen einer künstlichen Aufblähung oder Verminderung der Zirkulation und der Preise hin- und herbewegt. Im Falle eines Ansteigens der Preise bestimmter Aktien bieten die Banken enorme Gelder als Kredite für die Anleger an, wodurch ihre Reichtümer um ein Vielfaches gesteigert werden. Sie kaufen nun im Übermaß, wodurch die Preise in übertriebenem Maße ansteigen. Die Lage kann sich innerhalb kürzester Zeit, praktisch über Nacht, verändern. Die Preise bestimmter Aktien können aus irgendeinem Grund sinken, wie z.B. durch ein Gerücht oder ein fehlgeschlagenes Projekt, so dass die Banken wegen des Verfalls des Aktienwertes, der an ihre Kredite geknüpft ist, weniger Kredite gewähren. Folglich nehmen die Anleger Zuflucht im Verkauf einiger oder aller ihrer Aktien, was wiederum den Verfall der Preise in einer übertriebenen Richtung beschleunigt. Dies bringt eine weitere Verminderung der Gewährung von Krediten durch die Banken wegen des anhaltenden Verfalls der Aktienpreise mit sich.

Woher nehmen die Geldinstitute all diese Gelder und wohin gehen diese, wenn sie ihre Kredite verringern? Es handelt sich ursprünglich um die Gelder der Einzahler. Die Banken im Zinssystem verlassen sich darauf, dass die Allgemeinheit der Menschen den größten Teil ihrer Gelder in Banken hinterlegt und dass der Löwenanteil dessen, was von einem Konto auf der Bank abgehoben wird, auf einem anderen Konto in derselben oder einer anderen Bank endet. Auf diese Weise bleibt der Großteil der Gelder im Bankenapparat. Das, was die Banken als Darlehen geben, ist also nicht tatsächliches Geld, das von ihnen abgeführt wird, sondern lediglich Geld auf einem Konto, das die Bank hervorbringt, indem sie zwei Konten für den Entleiher eröffnet: Eines davon für das Darlehen, das sich darauf befindet, und das andere als Zahlungskonto für die Einkünfte, die aus dem Darlehen resultieren, damit der Kreditnehmer davon abheben kann, was er möchte. Falls sich die überwiegende Mehrheit der Einzahler und Kreditnehmer im selben Moment daran macht, ihre Deposita in bar abzuheben, könnten sie nicht drankommen, weil der Löwenanteil jener Deposita als Kredite vergeben wurde, diese vielleicht Verluste erzeugen oder in anderen Banken liegen und deren Auszahlung somit nicht möglich ist. In diesem Fall muss die Bank meistens schließen und ihre Liquidation anmelden.

Das Zinssystem basiert auf dem "Vertrauen" in die Banken und darauf, dass die Deposita der Menschen dort sicher sind, d.h., dass es ihnen ermöglicht wird, ihre gesamten Deposita abzuheben, wenn sie es wünschen. Dies ist jedoch ein Betrug, der der Realität der Banken entgegensteht. Diese Tatsache wurde im Westen und anderswo zahlreiche Male aufgedeckt, als die Einzahler nicht dazu in der Lage waren, an ihre Deposita zu gelangen und immense Gelder verloren, weil die Banken schlossen und ihren Bankrott anmeldeten. Aus diesem Grunde hat der Westen das System der Banknoten eingeführt und dessen Verwaltung einem für alle Banken in einem Land zentralen Geldinstitut übertragen. All dies wurde

unternommen, um die Blößen des Zinssystems zu überdecken, zu verbergen, dass es auf einer Täuschung basiert, um den Einsturz seines Gebäudes zu verhindern und das "Vertrauen" der Menschen in das kapitalistische System aufrecht zu erhalten.

Das System der inkonvertiblen Banknoten gibt der Zentralbank das Recht, eine Währung in Form von bedruckten Papieren in Umlauf zu bringen, die an sich keinen Wert haben. Sie verpflichtet die Menschen in ihrem Land zur Akzeptanz dieser Währung in der Begleichung der ausstehenden Schulden. Lehnt einer von ihnen die Annahme dieser Papiere als Begleichung seiner Schuld ab, verpflichten ihn Gesetz und Justizwesen zu ihrer Annahme, oder aber er verliert sein Recht. Dies bedeutet, dass die Zentralbank in dem Maße Geld herausgibt, wie es zur Umsetzung der Staatspolitik notwendig ist. Gibt es im Staatsschatz keine Gelder mehr aus Steuereinnahmen oder dergleichen, greift der Staat auf die Zentralbank zurück und "leiht" von ihr, d.h., die Bank leiht ihm Geld und eröffnet für ihn ein Depositumkonto, von dem er das abhebt, was er zur Abdeckung seiner Ausgaben benötigt. Dabei handelt es sich um neues Geld. Sollte die Zentralbank der Ansicht sein, dass im Land ein Bedarf zur Geldvermehrung zur Kreditgabe besteht, kauft sie eine Anzahl Obligationen des Staatsschatzes oder von Unternehmen und schreibt ihren Wert den Konten derjenigen gut, die sie kaufen, sei es in der Zentralbank selbst oder in den Kommerzbanken. Auch hier handelt es sich um neues Geld.

Dies ereignete sich im Oktober 1987, als die Aktienwerte in New York an einem einzigen Tag um 22 % fielen und die amerikanische Zentralbank auf der Stelle umfangreiche Gelder herausgab, die sie den Banken zur Verfügung stellte, um die Auswirkungen der Krise auszugleichen. So kaufte sie von den Banken und dem Markt in seiner Gesamtheit Millionen von Obligationen. Ihr Gegenwert wurde somit den Banken zur Verfügung gestellt, damit sie Kredite geben und den finanziellen Engpass der Spekulanten auf dem Aktienmarkt erleichtern. Dies resultierte, wenn auch nur für einen Moment, im Bedecken der Blöße des Zinssystems. Es kamen Gerüchte auf, dass die größte Bank New Yorks, die Citybank, nahe vor dem Konkurs stand.

Die Neuschaffung von Geld durch den Druck von Papierscheinen oder ihre Gutschreibung auf den Konten des Staates oder der Menschen in den Banken hat einen hohen Preis, der den Menschen aufgebürdet wird, ohne dass sie sich ihrer Ursache bewusst sind. Dies ist deshalb so, weil die Neuschaffung von Geld durch die Zentralbank nichts anderes bedeutet als eine Vermehrung der im Umlauf befindlichen Scheine und folglich eine Wertminderung des Geldes. Daher gehört es zu den Makeln dieses Systems, dass es unter ständiger Erhöhung der Preise von Gegenständen des täglichen Bedarfs an Waren und Dienstleistungen leidet. Die Realität dieser Preiserhöhungen, die auch als Inflation bezeichnet wird, ist, dass der Wert des Barvermögens der Menschen sinkt. Demzufolge sinkt auch der Wert ihrer Gehälter und Renten. Der Hauptmangel besteht darin, dass alles auf dem "Vertrauensspiel" basiert, d.h. der Täuschung, dass die Papierwährung irgendeinen Wert hätte, wo sie keinen Eigenwert besitzt. Dennoch hat das Gesetz des Landes sie aufgezwungen, und sie gilt in den Augen der Justiz als Zahlungsmittel. Aus diesem Grunde kann man in den schwachen Ländern, in denen die politische Lage und mit ihr das Ansehen des Staates sehr leicht zu erschüttern ist, beobachten, dass ihre Papierwährungen äußerst labil sind. So versuchen ihre Herrscher ihren Wert gegenüber den anderen Währungen zu senken, in der Hoffnung darauf, das Vertrauensspiel von neuem beginnen zu können und die Menschen erfolgreich über den Wert der Währung zu betrügen.

Dies ist die Realität der Aktienmärkte im Westen und in jedem Land, das dem Westen folgt und ihn nachahmt. Sie stellen eine fette Weide für die großen Kapitalbesitzer dar. Sie weisen als Ergebnis keine Handelsware auf, die den Menschen nützt, und bieten den Anlegern

keinen Antrieb als den großen, schnellen und leichten Gewinn. Sie kommen dem Kasino näher als irgendetwas anderem. Sie sind dabei so schwach und so leicht zu erschüttern wie ein Spinnengewebe, und ein Symbol des kapitalistischen Herfallens über die materiellen Werte. Gäbe es nicht die kapitalistischen Wirtschaftsordnungen wie das System der Aktiengesellschaften, das Zinssystem und das System des Papiergeldes, würden diese parasitären Märkte nicht existieren und nicht überleben können. Dies ist die Realität der Aktienmärkte im Westen und in jedem Land, das ihm folgt und ihn nachahmt.

Der Hukm Sar'i (islamische Rechtspruch) diesbezüglich ist folgender:

Die herausragende Eigenschaft der Aktiengesellschaft ist es, dass sie einer begrenzten Haftung unterliegt, so dass die großen Kapitalbesitzer und die Geschäftsleute vor den Gläubigern und anderen, die Ansprüche besitzen, geschützt sind, wenn die Gesellschaft in ihrer Transaktion scheitert und Verluste über sie hereinbrechen. Die Inhaber von Rechten können nun in keinem Fall etwas für ihre Rechte von den Aktienbesitzern einfordern, wie groß die Reichtümer der Aktionäre auch sind. Ihnen steht nur das zu, was in der Gesellschaft an Geldern verblieben ist.

Dieses System widerspricht den islamischen Gesetzen völlig. Das islamische Gesetz hat es zur Verpflichtung gemacht, den Inhabern von Rechten diese Rechte vollständig und unvermindert zukommen zu lassen. Es ist nicht erlaubt, sie in irgendeiner Weise zu beschneiden. Al-Buhari überlieferte von Abu Huraira, dass der Prophet (a.s.) sagte:

“ Wer von den Geldern der Menschen nimmt und ihre Rückgabe beabsichtigt, für den wird Allah sie begleichen. Wer sie aber nimmt und ihre Vernichtung beabsichtigt, den vernichtet Allah.”

Ahmad überlieferte über Abu Huraira, dass der Gesandte Allahs sagte:

“Am Tag der Auferstehung werdet ihr den rechtmäßigen Besitzern ihre Rechte zurückgeben, bis das Recht des hornlosen Schafes beglichen wird, das von einem gehörnten Schaf gestoßen wurde.”

Der Gesandte Allahs (a.s.) hat die Verpflichtung bestätigt, das Besitzrecht in der diesseitigen Welt vollständig zurückzugeben, und dass es demjenigen, der es nicht in der diesseitigen Welt zurückerhält, am Tag der Auferstehung zukommt. Dies ist eine Warnung für denjenigen, der die Besitzrechte der Menschen missachtet. Die verzögerte und verspätete Rückzahlung von Schulden durch den Reichen gilt als Zulm (Unrecht). Al-Bu2ari überlieferte von Abu Huraira, der sagte: Der Gesandte Allahs (a.s.) sagte:

“Das Hinauszögern durch den Reichen ist eine Ungerechtigkeit.”

Wenn es sich bei dem Hinauszögern der Rückzahlung um eine Ungerechtigkeit handelt, wie verhält es sich dann erst mit dem Verzehren des Rechtes und der fehlenden Rückzahlung des Geldes, was noch viel ungerechter ist und stärker bestraft wird. Der Gesandte Allahs (a.s.s.) teilte uns mit, dass der beste Mensch derjenige ist, der am besten in der Begleichung von Schulden ist. Al-Bu2ari hat überliefert, dass der Gesandte Allahs (a.s.) sagte:

“Der beste von euch ist der, der am besten in der Begleichung von Schulden ist.”

Aus diesem Grund ist es verboten, den Besitzern von Eigentum und den Gläubigern nur das zu erstatten, was in den Aktiengesellschaften nach ihrem Verlust an Geldern verblieben ist. Vielmehr müssen ihnen alle ihre Ansprüche und Gelder vollständig und ungekürzt von den Geldern der Aktionäre zurückerstattet werden.

Soviel zur Frage der begrenzten Haftung von Aktiengesellschaften.

Darüber hinaus widerspricht die Aktiengesellschaft vertraglich dem islamischen Gesetz zur Gründung von Gesellschaften. Bei der Aktiengesellschaft handelt es sich nach ihrer Definition um **“einen Vertrag, gemäß dem zwei oder mehr Personen durch Beteiligung an einem Geldprojekt sich jeweils zu einem finanziellen Beitrag verpflichten, zwecks Aufteilung dessen, was aus diesem Projekt an Gewinn oder Verlust hervorgeht.”** Aus dieser Definition und aus der Realität der Gründung von Aktiengesellschaften geht deutlich hervor, dass es sich nicht um einen Vertrag zwischen zwei oder mehr Personen nach islamischem Gesetz handelt, denn der Vertrag stellt nach der Šari'a Angebot und Annahme zweier Seiten dar. D.h. es muss zwei Seiten in dem Vertrag geben, eine von ihnen stellt das Angebot, indem sie den Vertrag unterbreitet, etwa dass sie sagt: Ich gehe eine Partnerschaft mit dir ein, und die andere Seite drückt Akzeptanz aus, etwa indem sie sagt: Ich akzeptiere es oder Ich bin einverstanden. Weist der Vertrag nicht die Existenz zweier Seiten auf oder fehlt das Angebot und die Annahme, gilt er nicht als abgeschlossen und wird gemäß der Šari'a nicht als Vertrag bezeichnet. Die Beteiligung oder Teilhaberschaft an einer Aktiengesellschaft aber erfolgt nur durch den Kauf ihrer Anteile, sei es von der Gesellschaft selbst oder von dem, der zuvor ihre Anteile gekauft hat. In der Beteiligung an den Aktien gibt es keinerlei Unterhandlung und keine Übereinkunft, weder mit der Gesellschaft noch mit einem anderen Aktionär. Derjenige, der die Aktiengesellschaft zu Beginn gründet und ihr ihre von ihren Aktionären unabhängige juristische Person verleiht, ist der Staat, der ihre Gründungsurkunde ausstellt. Zwischen den “Gründern” gibt es, abgesehen davon, dass ein bestimmter Antrag an den Staat zur Gründung der Gesellschaft gerichtet wird, keine Übereinkunft. Sobald die Gründungsurkunde der Gesellschaft ausgestellt wurde, ist die Gesellschaft zum Ansprechpartner geworden, und sie verkauft ihre Aktien an die Gründer oder an andere.

Es ist offensichtlich, dass es hier keine zwei Seiten gibt, die einen Vertrag miteinander geschlossen hätten. Es gibt weder ein Angebot noch eine Annahme, sondern jeder Aktionär kauft Anteile und wird durch ihren Kauf zum Teilhaber. Die Aktiengesellschaft ist keine Übereinkunft zwischen zwei Personen, sondern stellt den Willen einer einzelnen Person dar, Teilhaber an einer Gesellschaft zu werden. Allein durch ihren Aktienerwerb wird sie zum Teilhaber. Die Juristen im Westen haben dieses Handeln als vertragliche Verpflichtung interpretiert, auch wenn es unilateral sein sollte. Ihrer Ansicht nach handelt es sich um eine Art Willenserklärung durch eine einzige Person. Sie verpflichtet sich von ihrer Seite aus gegenüber einer anderen Person oder einer Gruppe zu etwas, ungeachtet der vorhandenen oder fehlenden Zustimmung der anderen Person oder Gruppe. Aus diesem Grund ist der Vertrag der Aktiengesellschaft nach islamischem Recht ungültig, denn im islamischen Gesetz handelt es sich bei dem Vertrag um die verbindliche Annahme des Angebotes, das von einem der Vertragspartner ausgegangen ist, durch eine andere Person, wobei sie dem Vertragsgegenstand zustimmt. Im Vertrag der Aktiengesellschaft ist dies nicht vorhanden.

Diese Realität der Aktiengesellschaft widerspricht der Realität der Gesellschaft im Islam, denn die Gesellschaft im Islam ist **“ ein Vertrag zwischen zwei oder mehr Personen, die zur Ausführung einer finanziellen Transaktion mit der Anstrengung von Gewinn übereinkommen.”** Es handelt sich um einen Vertrag zwischen zwei oder mehr Personen. Er darf nicht unilateral sein, denn die Übereinkunft muss zwischen zwei oder mehr Seiten

abgeschlossen werden. Der Vertrag muss auf die Ausführung einer finanziellen Transaktion zur Erzielung von Gewinn ausgerichtet sein. Er darf sich nicht lediglich auf die Einzahlung des Geldes beziehen, und es reicht nicht aus, dass als Ziel allein die Teilhaberschaft angestrebt wird. Die Basis des Gesellschaftsvertrages ist also das Ausführen einer finanziellen Transaktion. Sie wird entweder von allen Vertragspartnern oder einem oder einigen von ihnen mit den Geldern der anderen ausgeführt. Diese Ausführung der finanziellen Transaktion durch die Vertragspartner oder durch einen von ihnen ist eine feststehende Tatsache. In allen Arten der islamischen Gesellschaften muss es wenigstens einen physischen Teilhaber geben, d.h. einen Teilhaber, der seine Arbeitskraft einsetzt. Dies ist ein grundlegendes Element im vertragsgerechten Zustandekommen der Gesellschaft. Ist der physische Partner vorhanden, ist die Gesellschaft rechtskräftig gegründet, existiert er nicht in der Gesellschaft, gilt sie nicht als rechtskräftig gegründet.

Daraus wird ersichtlich, dass die Aktiengesellschaft nicht die Bedingungen erfüllt, die für das vertragsgerechte Zustandekommen einer Gesellschaft im Islam vorhanden sein müssen, denn die Gründer der Aktiengesellschaft sind nur mit ihrem Geld beteiligt, während es keinen Teilhaber gibt, der seine Arbeitskraft einsetzt. Letzterer ist aber bekanntlich eine grundlegende Bedingung für das vertragsgerechte Zustandekommen einer Gesellschaft im Islam. In der Aktiengesellschaft wird die Teilhaberschaft nur durch Geld vollzogen, und die Gesellschaft arbeitet und führt ihre Transaktionen aus, ohne dass es einen physischen Teilhaber gäbe. Der finanzielle Teilhaber kann nach islamischem Gesetz nicht in der Gesellschaft handeln und überhaupt keine Transaktion als Teilhaber ausführen, denn Handlung und Transaktionen in der Gesellschaft sind auf den Teilhaber beschränkt, der seine Arbeitskraft einsetzt. Bei der Teilhaberschaft an einer Aktiengesellschaft handelt es sich um eine finanzielle und nicht eine personelle Teilhaberschaft. Wer die meisten Aktien besitzt, besitzt auch die meisten Stimmen, wer wenig Anteile besitzt, hat dagegen auch wenig Stimmen.

Die Aktiengesellschaft stellt in ihrer Tradition eine juristische Person mit Verfügungsrecht dar. Handlungen sind aber im islamischen Recht nur gültig, wenn sie von einer menschlichen Person ausgehen, die eine Handlungsfähigkeit besitzt. Jede Handlung, die unter einem anderen als diesem Aspekt hervorgeht, ist nach islamischem Recht ungültig. Eine juristische Person mit einer Handlung zu betrauen ist nicht gestattet. Eine Handlung kann nur auf jemanden zurückgeführt werden, der eine Handlungsfähigkeit besitzt, und dies kann nur ein Mensch sein. Somit sind Aktiengesellschaften nach islamischem Recht nichtig.

Was die Anteile dieser Gesellschaften angeht, so stellen sie Geldnoten dar, die zum Zeitpunkt ihres Kaufs oder ihrer Wertschätzung Aktien dieser Gesellschaft sind. Sie verkörpern bei der Gründung der Gesellschaft kein Kapital, denn die Aktie ist ein fester Bestandteil der Gesellschaft und nicht von ihr teilbar. Es handelt sich nicht um einen Teil ihres Kapitals. Der Wert der Anteile ist unterschiedlich. Er bleibt nicht stabil, sondern ändert sich je nach den Gewinnen oder Verlusten der Gesellschaft. Der Wert ist nicht zu allen Zeiten gleich, sondern unterliegt einer ständigen Veränderung.

Das islamische Gesetz besagt, dass der Umgang mit diesen Aktien und Obligationen durch Kauf und Verkauf (Haram) (verboten) ist. Zum einen deshalb, weil es sich dabei um Aktien von Aktiengesellschaften handelt, die gemäß dem islamischen Recht nichtig sind, und zum anderen, weil es sich um Urkunden handelt, die vermischte Beträge aus Halal (erlaubtem) Kapital und Haram-Gewinn in einem ungültigen Vertrag und einer rechtsungültigen Transaktion beinhalten. Jedes einzelne Wertpapier mit dem Wert einer Aktie von den Aktiva dieser nichtigen Gesellschaft ist ebenfalls nichtig, da diese Aktiva durch eine ungültige Transaktion vermischt wurden, welche das islamische Gesetz verbietet. Somit handelt es

sich dabei um einen verbotenen Besitz. Weder ihr Kauf noch ihr Verkauf oder die Ausführung von Transaktionen damit sind gestattet. Dasselbe ist der Fall bei den Obligationen, bei denen der Besitz durch Zinsen gewinnbringend angelegt wird oder den Aktien der Banken oder ähnlichem, denn sie beinhalten Geldmengen aus verbotenen (Haram) Besitz. Sowohl Kauf als auch Verkauf sind folglich Haram, weil das Geld, das sie beinhalten, verbotenes (Haram) Geld ist.

Soviel zu den Aktiengesellschaften, ihren Systemen und Aktien. Der Zins, der die Spitze des Übels in der kapitalistischen und anderen Wirtschaften darstellt, wurde durch den Islam mit aller Entschiedenheit verboten, unabhängig davon, ob es sich um viel oder wenig handelt. Das durch Riba zustandegekommene Geld ist unzweifelhaft und mit absoluter Sicherheit verboten (Haram), niemand hat ein Recht auf seinen Besitz, und es soll seinen rechtmäßigen Besitzern zurückerstattet werden, wenn diese bekannt sind. Aufgrund der Abscheulichkeit des Zinses hat Allah diejenigen, welche Zinsen nehmen, mit denen verglichen, die der Satan durch seine Berührung mit Verrücktheit schlägt, als er sagte:

“Diejenigen, die Riba nehmen, werden nicht anders stehen als der, den der Satan durch seine Berührung mit Verrücktheit schlägt. Dies ist so, weil sie sagen, der Handel ist wie Riba, aber Allah hat den Handel erlaubt und Riba verboten. Derjenige, der sich dessen enthält, nachdem er eine Ermahnung von seinem Herrn bekam, soll das Vergangene behalten, und seine Angelegenheit liegt bei Allah, wer es aber wiederholt, diejenigen sind die Bewohner des Feuers, in dem sie ewig weilen werden”
(Sura Al-Baqara, Aya 275)

Aufgrund des strikten Verbots des Riba hat Allah denjenigen den Krieg erklärt, die ihn nehmen, wo Er sagt:

“O ihr, die ihr glaubt, fürchtet Allah, und gebt auf, was an Riba übrig geblieben ist, wenn ihr gläubig seid. Tut ihr dies nicht, so erwartet Krieg von Allah und Seinem Gesandten, wenn ihr aber Reue zeigt, so gehört euch euer (reines) Kapital, sodass ihr nicht ungerecht handelt, und selbst nicht ungerecht behandelt werdet.” (Sura Al-Baqara, Aya 278-279)

Bezüglich des Banknotensystems ist zu sagen, dass Geld als das definiert wird, dem die Menschen übereinstimmend einen Wert für Waren, Preise, Arbeiten und Dienstleistungen geben, ob es sich nun um ein Metall handelt oder nicht, und an dem sämtliche Waren, Arbeiten und Dienstleistungen gemessen werden.

Das System, zu diesem Zweck Edelmetalle zu benutzen, war lange vor dem Islam vorherrschend. Als der Islam kam, hat der Gesandte Allahs (a. s.) das Handeln mit Golddinaren und Silberdirhamen, d.h. mit dem Edelmetallsystem, bestätigt. Er hat diese beiden allein zum Maßstab des Geldes gemacht, an dem die Werte von Waren, Preisen, Arbeiten und Dienstleistungen gemessen werden.

Die Welt ist bis zum Ersten Weltkrieg bei der Benutzung von Gold und Silber als Währung und Bargeld geblieben, als ihre Benutzung im Handel eingestellt wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte man teilweise zur Benutzung von Gold und Silber zurück, dann begann der Handel damit abzunehmen. Am 15.7.1971 wurde er schließlich offiziell durch das Gesetz von Bretton Woods aufgehoben, das die Deckung des Dollar durch Gold und seine Bindung an einen festen Wert beendete. Banknoten wurden von diesem Zeitpunkt an bindend, ohne eine

entsprechende Deckung in Gold oder Silber zu haben. Sie stellen somit kein Substitut für Gold und Silber dar, und haben keinerlei Eigenwert. Ihr Wert ist vielmehr auf das Gesetz zurückzuführen, das sie zur im Umlauf befindlichen Pflichtwährung erklärte. Die kolonialistischen Staaten haben das Papiergeld als eines der Mittel des Kolonialismus benutzt und begannen, nach ihren Interessen mit dem Geld der Welt zu spielen. Sie verursachten monetäre Turbulenzen und wirtschaftliche Probleme, steigerten die Herausgabe von Bargeld, was eine vermehrte Inflation herbeiführte und zu einem Verfall der Kaufkraft des Bargeldes führte. Dies gehört zu den Faktoren, welche die Erschütterungen auf den Finanzmärkten verursacht haben.

Das Vorkommen solcher Turbulenzen auf den Finanzmärkten im Westen und im Rest der Welt hat die Verderbenheit des kapitalistischen Wirtschaftssystems offengelegt. Das Unheil des Systems der Aktiengesellschaften, des Zinssystems und des Banknotensystems wurde offensichtlich. Ebenso wurde offenkundig, dass es für die Welt keine Rettung vor dem Verderben dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems und dessen Erschütterungen auf den Geldmärkten gibt, solange diese Systeme bestehen. Die Welt kann nur vor dem Übel des kapitalistischen Wirtschaftssystems, vor dem Unheil der Aktiengesellschaften, des Zinssystems und des Banknotensystems gerettet werden, wenn dieses verderbenbringende, kapitalistische Wirtschaftssystem und das System der Aktiengesellschaften entfernt oder sie in islamische Gesellschaften umgewandelt werden, das Zinssystem vollständig beseitigt und das Banknotensystem beendet wird, indem man zu Gold und Silber als Währungssystem zurückkehrt.

Auf diese Weise beenden wir die ungeheure Inflation des Geldes, die verzinnten Bankdarlehen und die Spekulationen, welche die Entstehung solcher Erschütterungen an den Finanzmärkten beeinflussen. Ebenso werden zinsennehmende Banken nicht mehr erforderlich sein. Auf diese Weise werden sich die wirtschaftlichen Zustände auf der Welt stabilisieren und die monetären Krisen beendet. Auch die Rechtfertigung für die Existenz von Geldmärkten verschwindet und demzufolge wird es solche Wirtschaftskrisen nicht mehr geben.

Möge Allah unseren Propheten Muhammad, seine Familie und seine Gefährten und diejenigen segnen, die ihnen in Aufrichtigkeit bis zum Tag der Auferstehung folgen.

16. Rag-ab 1418 n.H.
16.11.1997 n.Chr.